THE LOS ANGELES
JUN 29 193
BRA

Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Freitag, 12. Juni	Nr. 761

Die Sammlungen des 13. und 14. Juni.

Berlin, 11. Juni. Für den 13. und 14. Juni sind von dem Reichs- und Preußischen Minister des Innern Haus- und Straßensammlungen dem Deutschen Roten Kreuz, der Inneren Mission und dem Caritas-Verband genehmigt worden.

Reichstagung der Laienspieler.

Berlin, 11. Juni. Der Reichsbund für Gemeinschaftstanz, in dem alle deutschen Laientänzer zusammengeschlossen sind, hält vom 13. bis 20. Juni in Berlin sein erstes großes Treffen ab. Es kommen vierzig verschiedene Tanzgemeinschaften aus allen deutschen Gauen. In Tanzspielen, Reigen und kleineren Tanzwerken werden sie Proben ihrer winterlichen Arbeit für die Freizeitgestaltung geben. Daneben findet die abschließende Vorbereitung großer tanzchorischer Spiele statt, deren Aufführung während der Olympischen Spiele im August vorgesehen ist.

Besuch der Gräfin Ciano in Dresden.

Dresden, 11. Juni. Gräfin Ciano stattete am Donnerstag Dresden einen Besuch ab. In Begleitung der Gräfin befand sich Botschaftsrat Graf Magistrati. Nach Besichtigung einiger Kunstsammlungen und der Gemäldegalerie erfolgte eine Fahrt in die Umgebung von Dresden.

Überschwemmungskatastrophe im Straubinger Donaubecken.

Straubing, 11. Juni. Von der Straubinger Burg bis hinüber zum Bogenberg dehnt sich ein riesengroßer See. Sieben Kilometer und mehr ist die Donau über die Ufer getreten. Ganze Dörfer liegen, von jedem Verkehr abgeschlossen, wie Inseln kilometerweit in der Strömung. Das Wasser steht im Erdgeschoß der Häuser. Der notwendigste Hausrat ist ins Dachgeschoß gerettet. Da und dort ragen einige Telegraphenstangen aus dem Wasser. Mit dem Boot fährt man über Weizenfelder und Wiesen, die bis zu fünf Metern unter dem Wasserspiegel liegen, zu den Ortschaften, die sonst mehrere Kilometer weit landeinwärts liegen. Wirbelnd treiben Heubüschel in der Strömung. Der Ort Kößnach steht halb unter Wasser. Pittrich ist ganz von Hochwasser eingeschlossen.

Der Schaden, den das Hochwasser angerichtet hat, läßt sich noch nicht abschätzen. Man weiß nicht, wie lange das Wasser stehen bleiben wird, es kann Tage, es kann aber auch Wochen dauern. Zunächst ist es noch im Steigen. Denn in den Grenzwäldern geben zur Zeit neue Wolkenbrüche nieder. Die Bauern werden von der diesjährigen Ernte keinen Halm ernten. Voraussichtlich ist aber auch die Anbaufläche wieder auf lange Zeit durch Versumpfung (Anschwemmung von Geröll) verdorben.

Gauleiter Wächtler, der am Mittwoch bei den Bauern im Katastrophengebiet weilte, hat sofort eine großzügige Hilfsaktion eingeleitet. Wenige Stunden nach seinem Besuch rollten von der Landesbauernschaft gestiftet, die ersten Wagen Heu heran.

Die Bauern der Ostmark leisten in vorbildlicher Weise die ersten Hilfen für ihre Kameraden, ein schönes Bild der Volksgemeinschaft!

Die Hochwasserkatastrophe, bei der über 21 000 Tagwerk Äcker unter Wasser gesetzt wurden, beweist erneut die ungeheure Bedeutung des bereits in Angriff genommenen Dammbaues an der Donau.

Rotterdam anstelle Antwerpens. — Folgen des Streiks.

Bremen, 11. Juni. Wegen des Streiks in den belgischen Häfen hat der Norddeutsche Lloyd Bremen den Kapitänen seiner Schiffe Anweisung gegeben, die belgischen Häfen bis auf weiteres nicht mehr anzulaufen und den auf Antwerpen zu leitenden Verkehr auf Rotterdam umzuleiten. Von den Ozean-Schnelldampfern des Norddeutschen Lloyd hat bereits Dampfer „Potsdam" am 11. Juni nicht wie im Fahrplan vorgesehen in Antwerpen, sondern in Rotterdam Fahrgäste und Ladung aufgenommen.

Neue österreichische Bücherverbote.

Wien, 11. Juni. Folgende Bücher wurden für Oesterreich verboten: Frauen in Przemysl" von Engelbrecht Schwarz, Verlag Ernst Hoffmann und Co. Darmstadt, „Die 13 Bücher der deutschen Seele" von Wilhelm Schäfer, Verlag Albert Langen, München, „Brennende Südtirol" von Rolf Rungen, Verlag Paul Aretz, „Verbündet — verraten" von Gottfried Jarnow, Verlag Albert Hamk und Co. Zürich.

Auch Butt legt seinen Parlamentssitz nieder.

London, 11. Juni. Nachdem Thomas in der Unterhaussitzung am Donnerstag das Haus verlassen hatte, erhob sich Sir Alfred **Butt**, der bekanntlich in dem Untersuchungsbericht beschuldigt worden ist, die Mitteilungen über den Hausbalt zu seinem Vorteil verwandt zu haben. Er teilte mit, daß er ebenfalls seinen Parlamentssitz niederlege. Im übrigen erklärte er jedoch nachdrücklich, daß kein Kabinettsminister ihm jemals befugt oder unbefugt irgendeine vertrauliche Information gegeben habe.

Ministerpräsident **Baldwin** beantragte hierauf die Erörterung des Untersuchungsberichts. Es sei völlig unrichtig, so erklärte er, wenn man aus dem Befund des Richter-Ausschusses schließen wolle, daß ein Vergehen gegen die Strafgesetze begangen worden sei. Tatsache sei vielmehr, daß die beiden Abgeordneten keiner kriminellen Handlung beschuldigt worden seien. Nachdem Thomas anerkannt habe, daß der Befund des Tribunals vom Unterhaus angenommen werden müsse, sehe sich auch die Regierung veranlaßt, diesen Befund anzunehmen. Thomas habe einen Weg eingeschlagen, der ihm das volle Mitgefühl des Unterhauses sichere. Der richterliche Befund zeige, daß eine unerlaubte Entbüllung vorgekommen sei. Das sei eine ernste Feststellung, die notwendigerweise eine sehr schwere Strafe auferlege. Nachdem Thomas das richtige Verfahren eingeschlagen habe, sei kein weiteres Vorgehen gegen ihn erforderlich.

Der Führer der arbeiterparteilichen Opposition, **Attlee,** erklärte, daß ein in hohen Kreisen begangenes Vergehen nicht weniger scharf behandelt werden dürfte, als wenn die Täter an weniger verantwortlicher Stelle gesessen hätten. Nach seiner Ansicht müsse für den Sturz von Thomas in erheblichem Maße der „korrupte Einfluß des Regimes" und das verderbliche Beispiel verantwortlich gemacht werden, das von den Spielernaturen der City ausgehe. Die Arbeiterpartei stehe auf dem Standpunkt, es sei höchste Zeit, daß in der City von London ein großes Reinemachen beginne. Wahrscheinlich seien diese Vorgänge untrennbar mit dem kapitalistischen System verbunden. Aber je eher eine Aenderung herbeigeführt werde, umso besser sei es für den Staat.

Der Oppositionsliberale Sir. Archibald **Sinclair** sprach sich für die Annahme des Untersuchungsberichtes aus.

Der kommunistische Abgeordnete **Gallacher** verrichte in seiner Rede die Regierung für die Taten von Thomas mit verantwortlich zu machen und verlangte eine Aburteilung der beteiligten Personen. Als der Redner erklärte, daß die nationale Regierung bestechlich sei und das Volk betrüge, wurde er von einem konservativen Abgeordneten ein „schmutziges kleines Schwein" genannt. Auf die Einsprüche der Opposition hin wurde der Zwischenrufer von dem stellvertretenden Präsidenten schließlich veranlaßt, dieses unparlamentarische Wort mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzuziehen.

Der oppositionelle Arbeiterparteiler **Johnston** verlangte in seiner Rede von dem Schatzkanzler eine Untersuchung des Neufundland-Falles.

Im weiteren Verlauf der Aussprache teilte Schatzkanzler **Neville Chamberlain** mit, daß die Leitung der Firma Lloyds sich bereit erklärt habe, ihr äußerstes zu tun, daß in Zukunft in der Zeit zwischen dem Ende des Finanzjahres am 31. März und der Bekanntgabe des neuen Haushalts keine Haushaltsversicherungen entgegengenommen werden.

Der oppositionelle Abänderungsantrag wurde nach der Aussprache mit 227 Stimmen gegen 135 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde der Regierungsantrag, der den Bericht des Ausschusses annimmt, ohne Abstimmung angenommen und die Aussprache beendet.

Lebhafte Unterhaus-Kontroverse über Chamberlains Rede.

London, 11. Juni Die Rede, die der Schatzkanzler Neville Chamberlain am Mittwoch auf einem Bankett des Klubs von 1900 gehalten hat, erregt außerordentliches Aufsehen. Das geht u. a. aus einem lebhaften Frage- und Antwortspiel im Unterhaus hervor, wo am Donnerstag der Führer der Opposition, Major **Attlee,** vom Premierminister Auskunft darüber verlangte, ob die am Mittwoch vom Schatzkanzler abgegebenen Erklärungen über den Völkerbund und die Sanktionen die Politik der Regierung darstellten.

Baldwin antwortete, Chamberlain habe ihm mitgeteilt, daß seine Bemerkungen lediglich persönliche, provisorische Ueberlegungen bezüglich der Erfahrungen seien, die er in dem italienisch-abessinischen Konflikt gemacht habe. (Beifall und Gelächter.) Baldwin lies jedoch nicht daran, daß er nicht zu wissen, ob es nicht äußerst unbequem für den Außenminister sei, wenn ein äußerst verantwortlicher Minister so laut gedacht habe. Baldwin erklärte jedoch, er sei nicht dieser Ansicht. Chamberlain habe vor einem äußerst exklusiven und politisch erfahrenen Zuhörerkreis gesprochen (Lachen und Beifall). Bei flüchtiger Durchsicht des hart verkürzten Berichtes, den er gesehen habe, sei er zu der Ansicht gekommen, daß eine Reihe der von Neville Chamberlain gestellten Fragen einer Ueberlegung wert seien. Attlee bestand darauf, daß es ein Fehler sei, wenn ein Minister derartig verfahre. Das müsse Schwierigkeiten für den Außenminister schaffen.

Für die Oppositionsliebraen wünschte Sir Archibald **Sinclair** von Baldwin eine Erklärung darüber, daß dieser „Einbruch des Schatzkanzlers in das Gebiet der Außenpolitik nicht amtlich gewesen sei" und daß die Regierung ihren Völkerbundsverpflichtungen treu bleibe — eine Politik, die Chamberlain in seiner Rede als Mittlommernachtsbereitschaft bezeichnet habe. Da Baldwin sich auf die Frage zunächst überhaupt nicht erhob, verlangte die Opposition stürmisch eine Antwort. Nach einigem Zögern erhob sich Baldwin und erklärte, er könne über das, was Chamberlain gesagt habe, keine Klage führen.

Churchill regte hierauf an, ob die britische Regierung angesichts der Tatsache, daß so viele Länder bestrebt seien, ihre Außenpolitik in Einklang mit der Genfbestimmung zu führen, die Regierung nicht eine Erklärung abgeben wolle, um klarzustellen, wo die britische Regierung stehe. Baldwin erklärte jedoch, Churchill und das gesamte Unterhaus wüßten, wie wichtig es sei, daß eine solche Politik möglichst bald beschlossen werde.

Die Regierung erwäge zurzeit einige sehr schwierige Fragen, die sich aus der Lage auf dem Festlande ergeben hätten. Es würde aber selbstverständlich Gelegenheit zu einer weiteren Aussprache über die Außenpolitik gegeben werden. Attlee warf hierauf ein, daß dies nicht eine Angelegenheit sei, die so leichthin behandelt werden könne. Er frage, ob Chamberlains Ansicht die gegenwärtige Politik der Regierung darstelle.

Baldwin zögerte jedoch zunächst und ließ sich erst durch die minutenlangen Zurufe: „Antworten, antworten!" von den Bänken der Opposition bewegen, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Er erklärte aber lediglich, er könne nicht weiter gehen, als dies bereits geschehen sei. Chamberlain habe ganz offen erklärt, daß er ganz provisorische Ueberlegungen angestellt habe und zwar persönliche Ueberlegungen auf Grund der gemachten Erfahrungen. Attlee verlangte zu wissen, ob das heiße, daß seine Ansichten nicht die der Regierung seien. Er verlange ein klares Ja oder Nein. Baldwin erklärte hierauf, die Regierung sei noch zu keinerlei Schlußfolgerungen in dieser Frage gekommen, was mit lauten „Oh, Oh"-Rufen aufgenommen wurde.

Der unabhängige Arbeiter-Abgeordnete **Marton** verwahrte sich hierbei dagegen, daß exklusive Gesellschaften die Ansichten der Regierung zu hören bekämen, während der konservative Abgeordnete **Beaumont** der Hoffnung Ausdruck gab, daß die zeitgemäßen Erwägungen Chamberlains möglichst bald von der Regierung angenommen würden.

Der Sprecher unterbrach hierauf die Aussprache und ließ weitere Erklärungen zu diesem Punkt nicht mehr zu.

Eine Mitteilung des französischen Innenministeriums.

Paris, 12. Juni. Daß auch die Regierung die Entwicklung der Streikbewegung und der Beunruhigung mit ernster Aufmerksamkeit verfolgt, ergibt sich aus folgender Mitteilung, die in der Nacht zum Freitag vom Innenministerium veröffentlicht worden ist:

„Wegen der Einmischung von Elementen, die mit der Streikbewegung nichts zu tun haben, in den gegenwärtigen Arbeits-Konflikt hat am Donnerstag abend unter dem Vorsitz von Léon Blum und in Anwesenheit des Innenministers eine Besprechung stattgefunden. Alle geeigneten Maßnahmen sind getroffen worden, um Zwischenfälle auf den öffentlichen Straßen zu vermeiden. Die Regierung rechnet auf die Klugheit und Kaltblütigkeit jedes Einzelnen, um jede Handlung zu vermeiden, die geeignet ist, die Entwicklung der günstig fortschreitenden Verhandlungen zu stören."

Ausdehnung des Streiks in Paris und in der Provinz.

Paris, 11. Juni. Der Streik hat sich am Donnerstag nachmittag in Paris weiter ausgebreitet, und zwar auf die Pelzgeschäfte und Pelzzubereitungsfirmen. Außerdem ist überraschend in den Automobilfabriken von Peugeot und in den drei Fabriken von Hotchkiß, wo die Arbeit im Anschluß an die Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vorübergehend wieder aufgenommen war, der Streik wieder aufgeflackert.

Dagegen ist der Streik in den Pariser Apotheken im Laufe des Donnerstag beigelegt worden. Zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hat eine vollständige Einigung erzielt werden können, sodaß die Geschäfte sofort wieder geöffnet werden. Im Zentrum von Paris hat auch eine große Anzahl von Kaffeehäusern wieder öffnen können, nachdem zwischen den Besitzern und dem Personal Sonderabkommen getroffen wurden, die den Forderungen der Angestellten gerecht wurden.

Gegen 18 Uhr zogen unter Sprechchören etwa 4000 Streikende aus dem Gastwirts- und Kaffeehausgewerbe über die zu dieser Stunde besonders verkehrsbelebten Pariser Boulevards. In einem voranfahrenden Lastkraftwagen hielten junge Kellner rote Schriftbänder, auf denen die Forderungen der Angestellten des Gastwirts- und Kaffeehausgewerbes verzeichnet waren: „Wir wollen feste Gehälter, Schluß mit den Trinkgeldern!" Diese Forderungen wurden von den Umzüglern unaufhörlich im Sprechchor geschrien. Mit erhobenen Fäusten grüßten die Streikenden, die die großen Kaffees und Restaurants besetzt hielten, die Umzügler, die mit der Internationale und ebenfalls mit dem kommunistischen Gruß antworteten. Bemerkenswert war, daß mehrere Kraftwagen der Polizei an der Spitze und am Ende des Zuges fuhren, der durch seine lange Ausdehnung den Verkehr etwa 20 Minuten völlig lahmlegte.

In der Provinz hat sich der Streik ebenfalls weiter ausgedehnt. So sind beispielsweise die Arbeiter der Flugzeugwerke Loré & Olivier in Nodofort am Donnerstag morgen in den Streik getreten. Das Gleiche gilt auch von der Schweißertrima der Peugeot-Werke in Belfort, wo etwa 12 000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt und die Betriebe besetzt haben. In Dünkirchen ist der Streik ebenfalls allgemein. In den Nachmittagsstunden des Donnerstag wurde auch die Belieferung mit Gas eingestellt.

In Bordeaux sind die Angestellten der Schiffahrtsgesellschaft Compagnie des Chargeurs Réunis in den Streik getreten.

Der Arbeitsminister hat im Laufe des Donnerstag eine Abordnung der Lokomotivführer und Heizer der großen Eisenbahngesellschaften empfangen, die ihm ihre Forderungen unterbreitete. Dieselben Forderungen wurden auch den Direktionen der verschiedenen Eisenbahngesellschaften vorgelegt.

Ernste Beunruhigung der französischen Presse.

Paris, 11. Juni. Die Pariser Abendblätter beschäftigen sich eingehend mit der durch die Streikbewegung geschaffenen Lage und zeigen sich sehr beunruhigt über den weiteren Lauf der Ereignisse. Selbst der Pariser Sitz, der sich bisher der Volksfrontregierung gegenüber ziemlich freundlich zeigte, gibt heute seinen Befürchtungen Ausdruck. Der Augenblick sei nahe, wo die Regierung gezwungen sein werde, die Folgen der großen Erschütterung in Erwägung zu ziehen und eine gefährliche Erhöhung der Lebenshaltungsfosten sowie die Stillegung der Industrie zu verhindern. Diese schwere Aufgabe sei aber nur in einer Atmosphäre der Ordnung und des sozialen Friedens möglich.

Die **Liberté** macht weniger Umwege, um klar und deutlich ihrer Auffassung Ausdruck zu geben. Die Streikbewegung, deren Hintermännner nicht zu unbekannt seien, wie man es glauben machen wolle, habe die Forderungen der Arbeiterungen verlassen, um einen ausgesprochen revolutionären Charakter anzunehmen. Es handle sich um eine revolutionäre Bewegung mit dem Ziel der Machtübernahme. Leon Blum sei entrüstet, wenn man ihn mit Kerenskij vergleiche. Es gebe für ihn aber nur eine Möglichkeit, diesen Vergleich zu dementieren und sie bestehe darin, dem Ansturm der äußersten Linken ohne Schwäche entgegenzutreten. Der französische Ministerpräsident habe mehrere Male erklärt, daß er den Willen der französischen Massen in die Tat umsetzen werde. Er dürfe aber nicht vergessen, daß das französische Volk, das für eine Linksmehrheit gewählt habe, damit nicht den Bolschewismus und nicht die Revolution gewollt habe.

Der **Temps** unterstreicht ebenfalls den Ernst der Lage. Diese Lage, verschärfe sich noch, je machtloser die öffentliche Gewalt den Ereignissen gegenüberstehe. Man brauche sich jedoch nicht zu wundern, denn die jetzige Regierung sei früh genug davon verständigt worden. Sofort nach den Wahlen hätten die Verbündeten der Volksfrontregierung dem Ministerpräsidenten zu verstehen gegeben, daß ihre Freundschaft in der Errichtung einer „Regierung der Massen" Ausdruck finden werde, die dazu bestimmt sei, das Kabinett zu unterstützen. Diese Regierung der Massen bleibe in der Tat nicht untätig. Sie handele und regiere sogar.

Alarmzustandsverlängerung in Spanien.

Madrid, 11. Juni. Der Spanische Landtag hat in seiner Donnerstag-Sitzung beschlossen, den Alarmzustand in denjenigen Provinzen um einen Monat zu verlängern, in denen er bisher schon bestanden hat.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.